



Open Access Repository

[www.ssoar.info](http://www.ssoar.info)

## Meinungsumfragen in der Konkurrenzdemokratie: Auswirkungen der Demoskopie auf die Volksparteien und den politischen Massenmarkt 1945/49-1990

Kruke, Anja; Ziemann, Benjamin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kruke, A., & Ziemann, B. (2001). Meinungsumfragen in der Konkurrenzdemokratie: Auswirkungen der Demoskopie auf die Volksparteien und den politischen Massenmarkt 1945/49-1990. *Historical Social Research*, 26(1), 171-186. <https://doi.org/10.12759/hsr.26.2001.1.171-186>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

  
Leibniz-Institut  
für Sozialwissenschaften

Mitglied der  
  
Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-31493>

### Meinungsumfragen in der Konkurrenzdemokratie. Auswirkungen der Demoskopie auf die Volksparteien und den politischen Massenmarkt 1945/49-1990

*Anja Kruke und Benjamin Ziemann\**

**Abstract:** The research project “public opinion polling in a democracy: the rise of survey research and its effects on political parties and the political mass market 1945/49-1990” tries to draw upon questions of political history in structural terms in order to describe the establishment and use of polling by political parties in the FRG. The three dimensions of politics, polity and policy are taken into account to analyse the influence of the instruments of survey research on practical reasoning and discursive wording of politics at the example of the two mass parties SPD and CDU.

Im Juli 2000 hat am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum das geschichtswissenschaftliche Forschungsprojekt “Meinungsumfragen in der Konkurrenzdemokratie. Der Aufstieg der Umfrageforschung und seine Auswirkungen auf die Parteien und den politischen Massenmarkt 1945/49-1990” seine Arbeit aufgenommen.<sup>1</sup> Das Projekt wird die Etappen der Indienstnahme von Meinungsumfragen in den beiden großen Volksparteien CDU und SPD sowie deren Auswirkungen auf den Betrieb und die politische Kommunikation der beiden Parteien empirisch beschreiben. Die Durchsetzung der modernen Umfrageforschung im politischen System der Bundesrepublik war und ist bekanntlich von äußerst gegensätzlichen Impulsen und Zuschreibungen begleitet worden. Die Durchführung von Umfragen im Rahmen der

---

\* Address all communications to Anja Kruke, Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum, Clemensstr. 17-19, D-44789 Bochum.

<sup>1</sup> Das Projekt wird aus Mitteln des Bennigsen-Foerder-Preises für das Jahr 2000 finanziert. Dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen sei an dieser Stelle für die unbürokratisch gewährte Unterstützung gedankt.

US-amerikanischen Militärregierung diente 1945-1949 u.a. dem Ziel, antidemokratische und autoritäre Einstellungen in der deutschen Bevölkerung kenntlich und damit beherrschbar zu machen.<sup>2</sup> Seit dieser Zeit ist wiederholt die Auffassung vertreten worden, daß die professionelle Arbeit der Demoskopie über politische Themen und Einstellungen ein unverzichtbares Mittel der Selbstbeobachtung des politischen Betriebes sei, das die Offenheit, Effizienz und damit auch die Legitimität demokratischer Systeme steigere. Als Beleg dafür dient nicht zuletzt die Tatsache, daß in Diktaturen Meinungsumfragen und deren offene Diskussion gewöhnlich nicht zugelassen werden.<sup>3</sup> Demgegenüber haben Kritiker der Umfrageforschung seit den späten 1950er Jahren wiederholt die ihrer Meinung nach eindeutig negativen Konsequenzen einer flächendeckenden Begleitung des politischen Prozesses durch Meinungsumfragen hervorgehoben. Die fortlaufende Erhebung von Zustimmungswerten werde die ‚Führungsbereitschaft‘ der politischen Klasse zum Schwinden bringen und damit einen schleichenden Verfassungswandel von der repräsentativen hin zur plebiszitären Demokratie bewirken.<sup>4</sup> Zudem wurde die einflußreiche These vertreten, daß Meinungsumfragen nur das beliebige ‚Meinen‘ und ‚Raunen‘ von Personen spiegeln würden, die zu vielen Phänomenen sich überhaupt erst unter dem Einfluß der Befragung ein Urteil bildeten. Öffentliche Meinung spiegele sich nicht in Umfragen wider, sondern werde durch diese sozialpsychologisch ‚kleingearbeitet‘ und zu einer Schwundstufe aufgeklärter Partizipation reduziert.<sup>5</sup> Das Projekt will diese widersprüchlichen Zuschreibungen durch die Untersuchung der Wirkung von demoskopischen Erhebungen auf die Arbeit von CDU und SPD empirisch überprüfen und historisch einordnen. Im Zentrum der Analyse stehen dabei die beiden großen Volksparteien, die im gesamten Untersuchungszeitraum von zentraler Bedeutung für die politische Willensbildung im weitesten Sinne, d.h. die Vermittlung und Umsetzung von bestimmten Themen und Zielen zwischen Bevölkerung, Parlament und Regierung, gewesen sind.

Das Vorhaben ist im Kern an der Schnittstelle von drei Erkenntnisinteressen und Forschungstendenzen angesiedelt. Es zielt *erstens* auf eine Reformulierung und konzeptionelle Erweiterung der Politik- und Parteiengeschichtsschreibung für die Bundesrepublik Deutschland. Die zeithistorische Forschung ist in der

---

<sup>2</sup> Leo P. Crespi, The Influence of Military Government Sponsorship in German Opinion Polling, in: International Journal of Opinion and Attitude Research 4 (1950), S. 151-178; Hans Braun/Stephan Articus, Sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik 1945-1949, in: KZfSS 36 (1984), S. 667-702.

<sup>3</sup> Vgl. zuletzt Max Kaase, Wahlforschung und Demokratie. Eine Bilanz am Ende des Jahrhunderts, in: ZUMA-Nachrichten 23 (1999), Nr. 4, S. 62-82.

<sup>4</sup> Vgl. u.a. Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie. Zur Kritik politischer Umfragen, Tübingen 1957; Kurt Sontheimer, Meinungsforschung und Politik, in: Der Monat 16 (1963/64), Heft 4, S. 41-46.

<sup>5</sup> Vgl. v.a. Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1990 (zuerst 1962).

Historisierung des politischen Systems bislang an die Schwelle der 1970er Jahre vorgedrungen. Dabei dominieren bislang jedoch noch Fragestellungen und Untersuchungsweisen, die den an der Politikgeschichte des 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit erprobten methodischen und konzeptionellen Rahmen bestenfalls ansatzweise verlassen. Neben einer Fülle überwiegend traditionell gehaltener organisations- und ereignisgeschichtlicher Darstellungen zu einzelnen Parteien, Regierungsbildungen, Gesetzgebungsvorhaben und Politikfeldern finden sich Darstellungen und Überlegungen zur Kontinuität und Diskontinuität der seit dem 19. Jahrhundert überlieferten politisch-ideologischen Strömungen Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus etc. Die innere Gewinnung und Bewährung der Demokratie als ein besonderes Problem der Politik wird in hohem Maße unter dem Signum einer als antidemokratische Belastung personell, ideologisch und kulturell nachwirkenden und zu ‚verarbeitenden‘ NS-Vergangenheit thematisiert.<sup>6</sup> Weitgehend außer Betracht bleibt dabei die Frage, ob und wie ein nunmehr seit fünfzig Jahren bestehendes politisches System nicht auch strukturelle Verschiebungen und funktionale Veränderungen erfahren hat, die bestimmte normative Standards als fragwürdig oder überholt erscheinen lassen.<sup>7</sup> Das Forschungsvorhaben möchte in diesem Sinne nicht länger die historischen Überhänge und Vorbelastungen der Demokratie oder die bunte Abfolge dessen, „was“ politisch im Einzelnen jeweils der Fall war, beschreiben. Sein Augenmerk richtet sich vielmehr auf einen uns wesentlich erscheinenden Zusammenhang der inneren Steuerungsfähigkeit und der Problembearbeitungskapazität - also des „wie“ von Beobachtungen und daran anschließenden Eingriffen - demokratischer Systeme und der Volksparteien unter den Bedingungen des politischen Massenmarktes.<sup>8</sup>

Das Vorhaben bezieht sich *zweitens* auf die Anregungen und Fragestellungen, die vom Konzept der „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ auf die zeit-historische Forschung ausgegangen sind.<sup>9</sup> Hierbei steht die rasante Durchsetzung der anwendungsorientierten Sozialforschung nach dem Zweiten Weltkrieg als wissenschafts- und sozialhistorisches Phänomen zur Debatte. Damit

---

<sup>6</sup> Als Indiz seien hier nur die wichtigen neueren Sammelbände zu Politik und Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre genannt: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Hanna Schissler (Hrsg.), *The Miracle Years. A Cultural History of West Germany, 1949-1968*, Princeton 2001.

<sup>7</sup> Fragen dieser Art stellt bislang eher die historisch ausgerichtete Politikwissenschaft. Vgl. u.a. Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*, Opladen. Wiesbaden 1998.

<sup>8</sup> Methodisch wegweisend und innovativ etwa die Problematisierung der Regelungskapazität von Jugendkriminalpolitik: Frank Kebbedies, *Außer Kontrolle. Jugendkriminalität [recte: Jugendkriminalpolitik] in der NS-Zeit und der frühen Nachkriegszeit*, Essen 2000.

<sup>9</sup> Lutz Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: GG 22 (1996), S. 165-193.

geraten zum einen die Klassifizierungsleistungen und die impliziten und expliziten Ordnungsvorstellungen in das Blickfeld, die der demoskopischen Erhebungsarbeit gerade in ihrer Anwendung auf den Politikbetrieb und die politischen ‚Einstellungen‘ der Bevölkerung zugrunde liegen. Zum anderen stellt sich die Frage nach der Attraktivität und den Auswirkungen der demoskopisch produzierten Unterscheidungen und Kategorien auf die Praxis des politischen Betriebes. Dabei sind zum einen die unmittelbaren Verbindungen zwischen dem Angebot der professionalisierten Beratungsarbeit von Meinungsforschern und der Nachfrage und den Folgerungen auf den ‚Denkstil‘ von Akteuren in Parteien und Regierung zu beachten. In einer weiteren Perspektive verbindet sich damit die Frage nach der medialen Präsenz und den Wirkungen demoskopischer Daten für die Realitätsbeschreibungen von Politik in den Parteien und der politischen Öffentlichkeit allgemein.

Das Vorhaben greift zudem *drittens* Überlegungen zur konstruktivistischen Neubestimmung von Kernbegriffen der Beschreibung von Politik wie etwa ‚Repräsentation‘ und ‚Öffentlichkeit‘ auf. In dieser Perspektive lassen sich Meinungsumfragen nicht als ein dem Wesen nach neutrales Mittel zur Beobachtung von Politik und politischen Einstellungen beschreiben. Zur Debatte steht vielmehr die Transformationsleistung in der Beschreibung von Politik, die sich ausgehend von der Erhebungsphase und ihrer binären Codierung von möglichen Antworten in einem anonymen Setting über die Auswertungsphase durch professionelle Bearbeiter bis hin zur spezifischen Aufbereitung und Auswertung der ‚Ergebnisse‘ durch die nachfragende Partei und die Massenmedien vollzieht. Meinungsumfragen lassen sich in dieser Perspektive als ein politisches Ritual beschreiben, das in einer geregelten Abfolge von Schritten eine symbolische Repräsentation des politischen Willens des „Souveräns“ Volk darstellen kann. In dieser Perspektive erscheint es als eine Fiktion, ein zum Urteil und zur Teilhabe immer schon bereites Publikum als substantiellen Träger der (bürgerlichen) Öffentlichkeit zu unterstellen. Öffentlichkeit ist vielmehr als ein Konstrukt zu begreifen, das zu seiner Aktualisierung und Sichtbarmachung stets der Mitwirkung verschiedener Medien und Technologien bedarf.<sup>10</sup> Unter diesen hat die Demoskopie als eine genuin sozialwissenschaftliche Erhebungstechnik seit 1945 eine zentrale Rolle gewonnen. Bei der Betrachtung der politischen Meinungsforschung dürfen ferner die Bedingungen für ihre Existenz und Verbreitung nicht aus den Augen verloren werden, insbesondere die Medien. Ihre Entwicklung und ihr Einfluß auf die Definition von Politik sollen in die Überlegungen zur Durchsetzung sozialwissenschaftlicher Konstruktionsmuster von Öffentlichkeit einbezogen werden.<sup>11</sup> Das Projekt kann dabei an

---

<sup>10</sup> Vgl. konzeptionell anregend u.a. Harold Mah, Phantasies of the Public Sphere: Rethinking the Habermas of Historians, in: *Journal of Modern History* 72 (2000), S. 153-182; Lisbeth Lipari, Polling as Ritual, in: *Journal of Communication* 49 (1999), Nr. 1, S. 83-102.

<sup>11</sup> Vgl. als konzeptionellen Aufriß: Jörg Requate, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: *GG* 25 (1999), S. 5-32.

einige neuere Studien zur Konzeptualisierung von Meinungsumfragen und politischer Öffentlichkeit in Frankreich und den USA anknüpfen.<sup>12</sup> Die Forschungslage zur Geschichte und Wirkung von Meinungsumfragen in der Bundesrepublik ist jedoch immer noch weitgehend defizitär.<sup>13</sup>

Ausgehend von den genannten Überlegungen verfolgt das Projekt vor allem folgende Leitfragen. Zunächst ist zu klären, ab wann und in welchem Ausmaß die Spitzengliederungen der beiden Parteien die Ergebnisse von Meinungsumfragen für die eigene Urteilsbildung in Anspruch genommen bzw. solche selbst in Auftrag gegeben haben. In der Regel wird hier für die SPD die verheerende Niederlage bei der Bundestagswahl von 1957 als ein Einschnitt benannt, der zum Rückgriff auf demoskopische Daten und zur programmatischen Neubestimmung anhand sozialwissenschaftlicher Analysen geführt habe.<sup>14</sup> Es liegen allerdings viele Indizien dafür vor, daß der Beginn des Interesses der SPD an Meinungsumfragen bereits einige Jahre vor der Wahlniederlage von 1957 anzusiedeln ist. Im Hinblick auf die SPD ist ferner die Vernetzung mit dem seit 1959 bestehenden INFAS-Institut genauer zu untersuchen, da dessen Gründung auf demoskopische Initiativen innerhalb des SPD-Bundesvorstandes zurückging. An diesem Punkt ist vor allem im Hinblick auf die SPD auch der Zusammenhang des Rückgriffs auf demoskopische Daten mit Organisationsreformen der Partei zu klären, sowie Krisenerfahrungen bzw. Mobilisierungs- und Steuerungshoffnungen der Parteielite als auslösende Momente herauszuarbeiten.

Neben der Nutzung und Vergabe von demoskopischen Forschungen ist weiterhin nach der organisationsinternen Aufbereitung, Diffusion und Kommunikation dieser Informationen zu fragen. Damit läßt sich bestimmen, ab wann und in welcher Form das demoskopisch induzierte Bild vom Wähler innerhalb der Parteien an Einfluß gewonnen hat. Darüber hinaus soll festgestellt werden, ab wann und in welcher Form Meinungsumfragen auch zur Kontrolle und

---

<sup>12</sup> Loic Blondiaux, *La fabrique de l'opinion: une histoire sociale des sondages*, Paris 1998; Susan Herbst, *Numbered Voices. How Opinion Polling has shaped American Politics*, Chicago 1993; Slavko Spichal, *Public Opinion. Developments and Controversies in the Twentieth century*, Lanham 1999.

<sup>13</sup> Eine Monographie, die sich vornehmlich den internationalen Bezügen und den konzeptionellen Konkordanzen zwischen Markt-, Hörer- und Umfrageforschung widmen wird, bereitet Dr. Christoph Conrad (FU Berlin) vor. Vgl. auch ders., *Meinungsforschung in der Geschichte moderner Demokratien. Methoden-Anwendungen-Wirkungen*, in: *Historical Social Research* 23 (1998), Nr. 1/2, S. 379-385. Vgl. zudem Christopher Simpson, Elisabeth Noelle-Neumann's 'Spiral of Silence' and the Historical Context of Communication Theory, in: *Journal of Communication* 46 (1996), Nr. 3, S. 149-173.

<sup>14</sup> Max Kaase, *Politische Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *PVS* 18 (1977), S. 452-475; einige unsystematische Hinweise zur Verwendung von Umfragen in der SPD enthalten Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Berlin 1982 und die biographische Darstellung eines wichtigen Akteurs: Stefan Appellus, Heine. *Die SPD und der lange Weg zur Macht*, Essen 1999.

Veränderung des Erscheinungsbildes der Parteien über den Wahltag hinaus eingesetzt wurden und welche politischen Strategien sich daran gegebenenfalls anschlossen. Hierbei ist unter anderem zu überprüfen, ob, wann und mit welchen parteiinternen Widerständen die Benutzung der demoskopischen Informationstechniken nivellierende Tendenzen auf die Parteien ausgeübt und zu einer Konvergenz ihrer Außendarstellung und organisatorischen Strategien geführt hat. Die zunehmende Verstetigung und Professionalisierung des Verhältnisses von Parteien und Demoskopie, also die strukturelle Kopplung von Politik und sozialwissenschaftlicher Beobachtung, soll in ihren Phasen beschrieben werden. Dieser erste Komplex von Fragen ist insgesamt in der institutionellen 'polity'-Dimension von Politik angesiedelt.

Über diese organisationssoziologischen Fragen hinaus stehen vor allem die strukturellen Veränderungen des politischen Diskurses im Zuge der Durchsetzung des demoskopischen Instrumentariums zur Untersuchung an. Dies betrifft zunächst den begrifflichen Rahmen, in den das Frageraster der Umfragen den politischen Prozeß und die Themen und Formen politischer Partizipation einspannt. Dafür ist zu untersuchen, welche Form von Fragen im Untersuchungszeitraum überhaupt gestellt worden sind und welche implizite Konzeptualisierung von 'Politik' den gängigen Fragerastern zugrunde lag. Dieses Problem ist speziell auch mit Blick auf die Parteien als Auftraggeber von Umfragen zu behandeln, unter Beachtung der Umstände, die zur Formulierung bzw. Bestätigung der Fragen führten. In wissenschaftsimmanenter Hinsicht ist nach den Leitbildern und theoretischen Modellen zu fragen, die bei der Implementierung von Umfragen herangezogen werden. Ist die Etablierung der Demoskopie im deutschen Politikbetrieb ein weiteres Beispiel für die kulturelle Kolonialisierung der deutschen Sozialwissenschaft im Zeichen eines spezifisch US-amerikanischen Wissenschaftsverständnisses?<sup>15</sup> Oder bezogen die Parteistrategen von CDU und SPD die Modelle und Experten für Meinungsumfragen aus anderen Kontexten?

Ein bedeutendes Einsatzfeld haben Umfragen frühzeitig vor allem im Kontext von Wahlkämpfen gefunden. Es ist insbesondere die angesichts der Bundestags- und Landtags-wahlkämpfe beinahe dauerhafte Neupositionierung der Parteien gegenüber dem Wähler gewesen, die den Vorwurf der plebiszitären Entleerung von Politik motiviert hat. Hier ist zunächst empirisch zu untersuchen, ab wann und in welchem Umfang Meinungsumfragen tatsächlich an der Formulierung und Reformulierung von Zielen und Selbstbildern der Parteien vor Wahlen mitgewirkt haben. Darüber hinaus steht zur Debatte, in welcher

---

<sup>15</sup> Diese einflußreiche, aber generell nur begrenzt überzeugende These ist insbesondere im Schülerkreis von Friedrich H. Tenbruck entwickelt worden und verbindet sich dort mit nur wenig verhüllten Ressentiments gegen diese Form des 'kulturellen Imperialismus'. Vgl. insbesondere Bernhard Plé, *Wissenschaft und säkulare Mission. "Amerikanische Sozialwissenschaft" im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik*, Stuttgart 1990.

Form sich die politische Kommunikation in Wahlkämpfen durch die Fremdreferenz der Umfragen strukturell verändert hat. In welcher Form bzw. in welchem Fundamentierungsverhältnis also legitimieren Parteien unter Bezug auf demoskopische Daten die je verschiedenen Ziele ihrer Politik und ihres Handelns in einer abgelaufenen oder künftigen Legislaturperiode? Läßt sich im historischen Längsschnitt die Vermutung erhärten, daß der Bezug auf wechselnde Stimmungslagen der Bevölkerung zu einer schrittweisen populistischen Entleerung der substantiellen Inhalte von politischen Angeboten zugunsten von 'Wahlgeschenken' geführt hat? Wie verhält sich diese Vermutung zu der Beobachtung, daß gerade in den fünfziger Jahren viele Beobachter Umfragen als reale Plebiszite fehlinterpretierten und verwundert waren, daß zentrale politische Entscheidungen auch gegen das demoskopische Meinungsbild der Bevölkerung getroffen wurden? Diese und andere Fragen sollen durch eine detaillierte Analyse der Bezugnahme auf Meinungsumfragen im Kontext von Wahlkämpfen als einem wichtigen Element der 'politics'-Dimension von Politik beantwortet werden.

Neben der periodischen Mobilisierung in Wahlkämpfen wird die längerfristige Auswirkung von Meinungsumfragen auf die Diskursfähigkeit und Diskursform bestimmter zentraler 'issues' für die Parteien behandelt werden. Dabei soll für die CDU der gesamte Komplex der Außenpolitik, für die SPD die Frage der 'sozialen Gerechtigkeit' als jeweils das Image der Partei prägende 'policy'-Felder untersucht werden. Zur Debatte steht hier, welchen Einfluß das Vorhandensein, das spezifische Frageraster und die Ergebnisse von Umfragen zu diesen Themenkomplexen auf die Konzeptualisierung dieser Politikfelder durch die jeweilige Partei gehabt haben. Dabei ist die Vermutung leitend, daß die Umfrage als Kommunikationsform von Politik bestimmte Zuspitzungen und Redeweisen in der Formulierung von Politikzielen begünstigt, andere dagegen unterdrückt oder in der Artikulation benachteiligt. Mit der zunehmenden Durchsetzung der Umfragen dürfte dies nicht ohne Einfluß auf die parteiinterne Hierarchie und die genaue Ausformulierung von grundsätzlich zu verfolgenden Problemen und Zielen sowie - damit einhergehend - auf die Intensität der 'Bewirtschaftung' bestimmter Klientelgruppen innerhalb der Parteibasis gewesen sein. In dieser Hinsicht wird insbesondere die Zielgruppe "Frauen" betrachtet werden, da sie als wichtiger Prüfstein zu Wahltauglichkeit der Parteien galt. Es soll untersucht werden, wie die früh etablierte Feststellung, Frauen bildeten die entscheidende Marge für den Machtgewinn, zu einer Entdeckung bzw. Konstruktion dieser Zielgruppe führte und wie der politisch-symbolische Kampf um die Frauen als Wählerinnen mit der Hilfe der Meinungsforschung geführt wurde.

Das Vorhaben kann auf einen umfangreichen Fundus archivalischer und veröffentlichter Quellen zurückgreifen. Dieser besteht zunächst aus archivalischen Quellen des Archivs der sozialen Demokratie (AsD, Bonn) für die SPD und des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP, Bonn-St. Augu-



stin) für die CDU. Hier sind zunächst die z.Zt. bis Anfang der achtziger Jahre (AsD) bzw. siebiger Jahre (ACDP) zugänglichen Materialien der einschlägigen Parteigremien, vor allem die Akten der Parteivorstände und deren Sitzungsprotokolle zu erfassen. Für die Akten des Parteivorstandes der SPD ist - mit Ausnahme u.a. von Unterlagen des Schatzmeisters und einzelner Organisationsunterlagen - weitreichende Akteneinsicht gewährt worden. Der im AsD befindliche Bestand der die wirtschaftlichen Aktivitäten der SPD bündelnden Konzentration-GmbH<sup>16</sup>, über die vermutlich ein erheblicher Teil der Aufträge und finanziellen Transaktionen im Zusammenhang mit Umfragen abgewickelt wurde, ist zur Zeit für Zwecke der historischen Forschung nicht zugänglich. Seine inhaltliche Erschließung wird zur Zeit durch ein vom SPD-Parteivorstand initiiertes Projektes vorangetrieben. Es ist noch offen, ob nach dem Abschluß dieses auf zwei Jahre projektierten Vorhabens evtl. mit einem Zugang zu diesem Bestand gerechnet werden kann. Für die Akten des Parteivorstandes der CDU gilt ähnliches wie bei den Aktenbeständen der SPD, jedoch sind hier weitreichendere Sperrungen einzelner Aktenbestände wie z.B. die der Bundesgeschäftsführer zu beachten.

Daneben kommen in den genannten Archiven die einschlägigen Materialien in den Nachlässen von Politikern aus den Vorständen und Geschäftsführungen der beiden Parteien in Betracht. Ferner sind Materialien von Parteistellen in den Bundesländern (Geschäftsstellen und Fraktionen von Länderparlamenten) zu berücksichtigen, die über die regionale Differenziertheit des Umgangs mit Meinungsumfragen Aufschluß geben. Darüber hinaus werden im Bundesarchiv Koblenz bis zum Stichjahr 1971 die Archivalien des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und die Sammlung Institut für Demoskopie Allensbach (ZSg. 132) ausgewertet. Das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln verfügt über einen großen Fundus von Berichten und Originalmaterialien über Meinungsumfragen diverser Institute. Wichtige Quellen für die Auswirkungen von Umfragen auf den politischen Diskurs der Parteien sind zum einen die Zeitungen und Zeitschriften für die Mitglieder, die Funktionäre und die parteiinterne Strategiediskussion der beiden Volksparteien wie etwa Neue Gesellschaft, "intern", Vorwärts bzw. "Sozialdemokrat-Magazin" bei der SPD oder dem „Deutschland Union-Dienst“ bei der CDU. Darüber hinaus stehen Pressemitteilungen und interne Rundschreiben verschiedener Parteigliederungen zur Verfügung, ebenso auch Manuskriptdrucke von parteiintern diskutierten Umfragen. Diese werden zusammen mit Werbebroschüren, veröffentlichten Manuskripten bzw. Mitschriften von Wahlkampfreden, internen und externen Wahlkampfplattformen der Parteien u.a.m. insbesondere im Hinblick auf die Zeiträume der Bundestagswahlkämpfe ausgewertet. Neben den wichtigsten Tageszeitungen und Illustrierten bietet besonders die seit 1946 beim Par-

---

<sup>16</sup> Vgl. Detlev Brunner, 50 Jahre Konzentration GmbH. Die Geschichte eines sozialdemokratischen Unternehmens 1946-1996, Berlin 1996.

teivorstand der SPD geführte, thematisch gegliederte Zeitungsausschnittsammlung (ZASS) einen guten Zugang zum öffentlichen Diskurs über die Rolle von Meinungsumfragen in der Parteiendemokratie.

Das Projekt zielt am Beispiel der Meinungsumfragen insgesamt auf eine strukturelle Reformulierung politikhistorischer Fragestellungen für den Zeitraum der 'alten' Bundesrepublik. In den drei Dimensionen von Politik - Institutionen, Entscheidungen und Politikfelder - soll am Beispiel der beiden großen Volksparteien in langfristiger Perspektive der Einfluß eines neuen Beobachtungs- und Kommunikationsmediums auf die praktische Begründung und die diskursive Formulierung von Politik untersucht werden.